An den Grossen Gemeinderat

Winterthur

Beantwortung der Interpellation betreffend Massnahmen gegen Amokläufe und andere Notfälle an Schulen, eingereicht von Gemeinderätin J. Romer (SP)

Am 6. April 2009 reichte Gemeinderätin Jacqueline Romer namens der SP-Fraktion mit 33 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern folgende Interpellation ein:

„Der jüngste Amoklauf in einer Oberstufenschule in Deutschland hat 16 Menschenleben gefordert. Auch wenn wir es nicht gerne sagen, wissen wir doch, dass solche Taten auch bei uns nicht ausgeschlossen sind. Ein Notfall kann passieren! Die Gesundheit von Personen an Schulen muss geschützt werden. Durch bauliche, technische und organisatorische Massnahmen ist dafür zu sorgen, dass in Notfällen keine vermeidbaren Schäden eintreten. Im Amok-Fall in Winnenden alarmierte die Schulleitung schnell alle Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer über Lautsprecher mit einem Codewort. Schulen sollen zwar nicht in Festungen verwandelt werden, aber es sollen die geeigneten Massnahmen getroffen werden, um das Risiko einer solchen Tat zu minimieren. Generell sollte die Sicherstellung des Personenschutzes, die Alarmierung von Hilfskräften und die schnelle Evakuierung bei einem eventuellen Ereignis (Feuer, Rauch, Wasser, Panik, Unfall usw.) in einem Sicherheitsdispositiv geregelt werden.

Eine wirksame Notfallplanung stützt sich auf Planungsgrundlagen ab, dafür müssen Kenntnisse über mögliche Szenarien, betroffene Personen, Infrastrukturen, verfügbare Einsatzkräfte und –mittel sowie benötigte Zeit der Einsatzkräfte, um die Notfallmassnahmen umsetzen zu können vorhanden sein.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Welche Schlüsse werden aus den jüngsten Ereignissen gezogen? Wo sieht der Stadtrat Handlungsbedarf?*
- 2. Wie werden Risiken erkannt und wie werden entsprechende Hinweise erfasst, respektive beurteilt werden?*
- 3. Besteht für die Winterthurer Schulen ein Sicherheitsdispositiv, das den oben angeführten Kriterien entspricht und gemäss welchem bei solchen Ereignissen gehandelt werden kann? Wie sieht das Sicherheitsdispositiv – falls vorhanden – konkret aus und welche Akteure sind involviert?*
- 4. Wie wird gewährleistet, dass alle Angestellten an den Winterthurer Schulen im Falle eines Notfalls das Sicherheitsdispositiv kennen und wissen, wie sie handeln müssen, um eine Katastrophe zu verhindern? Wird dieses regelmässig durchgespielt?*
- 5. Hält es der Stadtrat für angezeigt, die Winterthurer Schulen mit einer Lautsprecheranlage auszurüsten?“*

Der Stadtrat erteilt folgende Antwort:

Tief betroffen hat der Stadtrat Kenntnis von den schrecklichen Ereignissen und Amokläufen im Ausland genommen. Er teilt die Auffassung der Interpellantinnen und Interpellanten, dass solche Amokläufe auch bei uns nicht ausgeschlossen sind. Namentlich aufgrund des Amoklaufs in Winnenden in Deutschland sind verschiedene Stellen aktiv geworden. So hat die Bildungsdirektion zuhanden der Schulleitungen, Lehrpersonen, Dozierenden, Schulpersonal, Schulbehörden, Schulsozialarbeiter/innen und Schulpsycholog/innen ein Merkblatt "Zielgerichtete Gewalt und Amok" verfasst, das explizit nicht für die weitere Öffentlichkeit oder Schüler/innen und deren Eltern bestimmt ist. Weitere Unterlagen sind zurzeit in Bearbeitung

und werden den erwähnten Stellen zur Verfügung gestellt. Der Verband der Lehrpersonen der Schweiz (LCH) erarbeitet ebenfalls Unterlagen und auch die Kantonspolizei informiert die verantwortlichen Kreise über das Verhalten in einer eskalierenden Krisensituation.

Auf Ebene der Stadt Winterthur ist das Thema Amoklauf beim Jugenddienst der Stadtpolizei Winterthur seit längerem aktuell und das Personal wurde und wird geschult und weitergebildet. Das Krisenmanagement ist auch in den Schulen, Schulkreisen, beim Schulpsychologischen Dienst und den Rettungsdiensten der Stadt Winterthur sehr präsent. Jede Schule und jeder Schulkreis verfügt über ein Krisenkonzept und hat die Verantwortlichen für den Krisenfall bestimmt. Diese Konzepte sind jedoch auf die bisher bekannteren Krisen und Unfälle ausgerichtet. Sie werden nun aufgrund einer Weiterbildung mit der Kantonspolizei und mit den Dokumenten der Bildungsdirektion ergänzt.

Die kantonale Bildungs- und Baudirektion prüfen, ob die Schulbaurichtlinien angepasst und beispielsweise Lautsprecheranlagen, wie sie im Schulhaus in Winnenden vorhanden sind und eingesetzt wurden, als Standard festgelegt werden sollen. Da die Richtlinien nur für Neu- und Umbauten gelten, hat der Stadtrat den Auftrag erteilt, zu prüfen, welche weiteren Alarmierungsmöglichkeiten es für die bestehenden Schulhäuser gibt.

Es ist sowohl der Bildungsdirektion als auch der Kantons- und Stadtpolizei ein Anliegen, dass die Sicherheitsdispositive lediglich den allfällig bedrohten Kreisen bekannt sind. Deshalb wird in der Interpellationsantwort nicht im Detail darauf eingegangen.

Zu den einzelnen Fragen:

Zur Frage 1:

„Welche Schlüsse werden aus den jüngsten Ereignissen gezogen? Wo sieht der Stadtrat Handlungsbedarf?“

Bei der Stadtpolizei Winterthur wurden bereits einige Massnahmen in die Wege geleitet. Im Jahr 2006 wurden alle Korpsangehörigen der Stadtpolizei Winterthur durch Spezialisten der Kantonspolizei Zürich über das polizeiliche Vorgehen bei einem möglichen Amoklauf operativ und psychologisch geschult. Im Jahr 2008 wurden alle Frontfunktionäre der Stadtpolizei Winterthur in einer taktischen und praxisnahen Weiterbildung über das polizeiliche Verhalten bei einem Erstangriff in einer Amoklage geschult. Zwei Mitarbeiter des Jugenddienstes haben zudem im Juli 2009 in Frankfurt (D) einen zweitägigen Kurs bezüglich "AMOK, Gewaltdrohungen und zielgerichtete Gewalt an Schulen" besucht; sie werden sich in diesem Fachbereich weiterbilden und das erworbene Wissen an die Mitarbeitenden der Stadtpolizei Winterthur weitervermitteln.

Für Schulleitungen, Krisenmanager/innen der Schulen (siehe Frage 3), Mitglieder der Schulbehörden, Chef-Hauswarte/innen und Mitarbeiter/innen des Bereichs Bildung des Departements Schule und Sport findet im September 2009 in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei eine Informationsveranstaltung zum Thema "Zielgerichtete Gewalt und Amoklauf an Schulen" statt.

Zur Frage 2:

„Wie werden Risiken erkannt und wie werden entsprechende Hinweise erfasst, respektive beurteilt werden?“

Schwere Gewalttaten und Amokläufe an Schulen ereignen sich nicht spontan. Sie haben eine Vorbereitungsphase und werden in der Regel angekündigt. Die Schulleitungen, Lehrpersonen, Schülerinnen und Schüler sowie die Mitarbeitenden in den Schulen sind auf Ankündigungen von Gewalttaten sensibilisiert. Beobachtungen werden dem Jugenddienst der Stadtpolizei Winterthur gemeldet.

Jedem entsprechenden Hinweis, welcher auf der Einsatzzentrale der Stadtpolizei Winterthur oder direkt beim Jugenddienst eingeht, wird nachgegangen. Die Stadtpolizei nimmt solche Hinweise ernst. Seit März 2009 wird eine Risikobeurteilungssoftware in einer Testversion verwendet, welche von Schulpsycholog/innen, Polizisten, Lehrpersonen und Mitarbeitenden der Beratungsstellen eingesetzt wird.

Zur Frage 3:

„Besteht für die Winterthurer Schulen ein Sicherheitsdispositiv, das den oben angeführten Kriterien entspricht und gemäss welchem bei solchen Ereignissen gehandelt werden kann? Wie sieht das Sicherheitsdispositiv – falls vorhanden – konkret aus und welche Akteure sind involviert?“

Für Schulleitungen, Lehrpersonen und Mitglieder der Kreisschulpflegen wurden im Herbst 2006 Weiterbildungen zum Thema "Krisenmanagement" durchgeführt. An der Weiterbildung wirkten Vertretungen der Polizei, der Feuerwehr, der Rettungssanität, der Seelsorge und des Schulpsychologischen Dienstes mit. Jede Schule und jeder Schulkreis hat darauf basierend die Verantwortlichkeiten definiert und ein Krisenkonzept ausgearbeitet. Dieses richtet sich auf die bisher bekannten Notfälle aus. Es wird nun ergänzt für Ereignisse wie Amokläufe. Die Ergänzungen werden aufgrund der von der Bildungsdirektion ausgearbeiteten Unterlagen oder im Nachgang zu der in Antwort 1 erwähnten Veranstaltung vom September 2009 vorgenommen. Aus nahe liegenden Gründen kann an dieser Stelle nicht einmal in den Grundzügen ausgeführt werden, wie ein Sicherheitsdispositiv im Falle eines Amoklaufs aussehen würde. Diese Dispositive sind nicht für die Öffentlichkeit gedacht, da sie für potenzielle Täter/innen eine willkommene Information wären.

Zur Frage 4:

„Wie wird gewährleistet, dass alle Angestellten an den Winterthurer Schulen im Falle eines Notfalls das Sicherheitsdispositiv kennen und wissen, wie sie handeln müssen, um eine Katastrophe zu verhindern? Wird dieses regelmässig durchgespielt?“

Die Gewährleistung der Kenntnisse des Sicherheitsdispositivs ist in der Verantwortung der Krisenmanager/innen der Schulen und Kreise, der Schulleitungen und der Kreisschulpflegen. Einzelne Schulen üben den Ernstfall wie zum Beispiel eine Evakuierung gezielt. Da die Szenarien für einen Amoklauf noch neu sind und Weiterbildungen erst angeboten werden, wurden sie bisher nicht geübt. Generell herrscht in den Winterthurer Schulen ein gutes Bewusstsein für Risiken und Krisensituationen und die Bewältigung von Notfällen.

Zur Frage 5:

„Hält es der Stadtrat für angezeigt, die Winterthurer Schulen mit einer Lautsprecheranlage auszurüsten?“

Im Zusammenhang mit Schulbauten stützt sich der Stadtrat auf die kantonalen Schulbau-richtlinien. In den im März 2009 publizierten neuen Schulbau-richtlinien findet sich keine Aus-sage zu Lautsprecheranlagen. Allerdings wird in der Verfügung der Schulbau-richtlinien durch die Bildungs- und Baudirektion vom 16. März 2009 unter "C. Künftige Anpassungen" erwähnt, dass im Zusammenhang mit den in jüngster Zeit erfolgten tragischen Ereignissen mit Amokläufen in Schulhäusern zurzeit geprüft wird, wie durch bauliche Massnahmen an Schulhausbauten Vorkehrungen gegen solche Vorkommnisse getroffen werden können. Je nach Ergebnis dieser Überprüfung wird noch in diesem Jahr eine Anpassung der Schulbau-richtlinien vorbereitet. Für die geplanten Neubauten und Renovationen (Wyden, Zinzikon, Tägelmoos) wird die Ausrüstung mit Lautsprecheranlagen geprüft.

Der Aufwand für die Nachrüstung aller Schulhäuser mit Lautsprecheranlagen bedeutet für die Stadt Winterthur einen enormen planerischen und vor allem finanziellen Aufwand. Für den Stadtrat sind andere Möglichkeiten der Alarmierung in Schulhäusern denkbar. Der Auf-trag an die verantwortlichen Stellen, in Zusammenarbeit mit der Polizei entsprechende Lö-sungen zu prüfen, wurde erteilt.

Die Berichterstattung im Grossen Gemeinderat ist der Vorsteherin des Departements Schule und Sport übertragen.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

E. Wohlwend

Der Stadtschreiber:

A. Frauenfelder